

Beschluss:

Die Personalratsvorsitzende, Frau Heidebrecht-Rüge, weist auf die Organisationsuntersuchung für den betroffenen Bereich hin. Diese habe ergeben, dass schon vor Inkrafttreten des Gesetzes überdurchschnittlich hohe Fallzahlen zu bearbeiten waren. Seit 01.01.2018 seien zusätzliche Aufgaben wahrzunehmen. Es sei ein Bedarf von 7 zusätzlichen Stellen ermittelt worden. Von diesen 7 Stellen aktuell nur 3 und die restlichen dann erst zum 01.01.2019 zu besetzen, sei ein falsches Signal, zumal es einen Wettbewerb der Kommunen um gutes Personal gebe.

Ratsherr Zielke bringt für die SPD-Ratsfraktion einen Änderungsantrag ein, demzufolge alle 7 zusätzlichen Stellen schon zum 01.07.2018 eingerichtet werden sollen. Dieser Änderungsantrag ist der Niederschrift als Anlage 1 zu TOP 24. beigefügt.

Diesem Änderungsantrag wird mit 23 zu 15 Stimmen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		12	
SPD	13		
Die Grünen	4	1	
BfB	2		
FDP		2	
Ratsherr Cleve	1		
Ratsherr Griese	1		
Ratsherr Mor	1		
Ratsherr Proch	1		
gesamt:	23	15	-

Der Vorlage in der somit geänderten Fassung wird bei 2 Enthaltungen seitens der FDP-Ratsfraktion im Übrigen einstimmig zugestimmt.